

385882-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Rahmenvereinbarung Planungsleistungen Technische Ausrüstung für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Trassierung Mittelspannungsnetz
OJ S 113/2025 16/06/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Universitätsklinikum Leipzig AöR

E-Mail: christian.pohlentz@medizin.uni-leipzig.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvereinbarung Planungsleistungen Technische Ausrüstung für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Trassierung Mittelspannungsnetz

Beschreibung: Rahmenvereinbarung Planungsleistungen Technische Ausrüstung für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Trassierung Mittelspannungsnetz mit mehreren Rahmenvertragspartnern, Vergabe der Einzelaufträge erfolgt im erneuten Vergabeverfahren unter den Rahmenvertragspartnern

Kennung des Verfahrens: 6d6143d7-d902-4050-9479-897aa8d40e88

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04103

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Die Vergabeunterlagen enthalten einen Teilnahmeantrag mit Teilnahmebogen, den die Bewerber für die Erstellung und Einreichung ihrer Bewerbung verwenden müssen. 2. Bewerbungsgemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der: - die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird, - alle Mitglieder aufgeführt sind, - ein von allen

Mitgliedern gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und darüber hinaus uneingeschränkt für jedes Mitglied bevollmächtigter Vertreter bezeichnet und mit Geldempfangsvollmacht ausgestattet ist, - die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder erklärt wird. Eine besondere Rechtsform der Bewerbergemeinschaft und/oder Arbeitsgemeinschaft wird nicht vorgeschrieben. Mehrfachbewerbungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber und gleichzeitig als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sind unzulässig. Die Vergabestelle wertet es jedoch nicht als unzulässige Doppelbewerbung, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften eingebunden werden bzw. Mitglied einer Bewerbergemeinschaft sind. Zwingende Maßgabe ist hierbei jedoch, dass der Nachunternehmer keine Kenntnis über die Angebotspreise der relevanten Bewerber/Bewerbergemeinschaften hat, bei denen er Nachunternehmer ist. Dies ist nach Aufforderung durch verbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Vergabestelle zu versichern. Im Falle einer unzulässigen Doppelbewerbung müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bewerber/ Bewerbergemeinschaften ausgeschlossen werden. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen rechtlich unselbständiger Niederlassungen eines Bewerbers.

3. Eigenerklärungen sind zu unterzeichnen, mit Datum zu versehen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Aufgrund der Abgabe in Textform ist in dem für die Unterschrift vorgesehenen Feld der Name des Bewerbers (Unternehmen) und die Person anzugeben, die die Erklärung für das Unternehmen abgibt. Bei Bewerbergemeinschaften: Die im Rahmen der Eignung "Befähigung zur Berufsausübung" geforderten Eigenerklärungen sind von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft separat zu unterzeichnen, geforderte Nachweise separat vorzulegen. Die übrigen geforderte Eigenerklärungen sind nur dann von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft separat zu unterzeichnen und geforderte Nachweise separat vorzulegen, wenn dies für die jeweilige Erklärung/jeweiligen Nachweis ausdrücklich verlangt ist. Bei Eignungsleihe: Beruft sich der Bewerber auf berufliche, technische, wirtschaftliche und /oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines Dritten, so hat er die unter "Befähigung zur Berufsausübung" geforderten Nachweise und Erklärungen auch von dem Dritten/dem Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Die übrigen geforderten Nachweise und Erklärungen sind nur dann auch von dem eignungsverleihenden Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen, wenn dies für die Eignungsleihe erforderlich ist. Sofern sich der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf Ressourcen Dritter/ Nachunternehmer/konzernverbundener Unternehmen berufen möchte, muss er/sie auf Aufforderung nachweisen, dass ihm/ihr die Ressourcen des Drittunternehmens für die Auftragsausführung in tatsächlich geeigneter Weise zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung).

4. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages nicht älter als 12 Monate sein.

5. Bewerbungen und Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

6. Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7. Es werden nur elektronisch in Textform eingereichte Bewerbungen und Angebote berücksichtigt.

8. Verspätet eingereichte Bewerbungen und Angebote werden nicht berücksichtigt.

9. Die Teilnahme der Bewerber/Bieter an der Eröffnung der Bewerbungen sowie der Angebote ist ausgeschlossen.

10. Es sollen nur die geforderten Erklärungen/Unterlagen/Nachweise der Bewerbung beigelegt werden. Der Inhalt allgemein gültiger Firmenunterlagen o. ä. wird nicht berücksichtigt.

11. Fragen zum Teilnahmewettbewerb sind ausschließlich über die Nachrichtenfunktion unter www.subreportelvis.de mit dem Betreff "Fragen zum Teilnahmewettbewerb" zu stellen. Die Beantwortung der Fragen wird über den im Verfahrensbrief genannten Link veröffentlicht. Auf Fragen, die nach dem 2. Juli 2025 eingehen, kann eine rechtzeitige Beantwortung nicht mehr sichergestellt werden. Die Bewerber /Bewerbergemeinschaften haben sich über alle veröffentlichten Antworten

eigenständig zu informieren und deren Inhalte zu berücksichtigen. 12. Die Bewerber /Bewerbergemeinschaften haben Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse entsprechend und deutlich zu kennzeichnen. 13. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige und /oder fehlerhafte unternehmensbezogene Nachweise, Unterlagen und Erklärungen und fehlende und unvollständige auftragsbezogene Nachweise, Unterlagen und Erklärungen unter angemessener Fristsetzung bei den Bewerbern/Bietern nachzufordern. Ebenso behält sich die Vergabestelle vor, die Bestätigung der gemachten Angaben durch weitergehende Nachweise bzw. Originale der eingereichten Kopien zu verlangen. 14. Die Auftraggeberin behält sich vor, abzufragen, welche Teile des Auftrags die Bieter beabsichtigen, im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, einschließlich der Benennung der vorgesehenen Unterauftragnehmer. 15. zu Nummer 5.1.11 dieser Bekanntmachung "Der Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist eingeschränkt": Die Projekt- und Leistungsbeschreibung betrifft kritische Infrastruktur und beinhaltet vertrauliche Informationen und unterliegt daher als Geschäftsgeheimnis der Vertraulichkeit. Um den Schutz dieser sensiblen Informationen zu bewirken, sieht die Auftraggeberin von einer direkten elektronischen Bereitstellung der vollständigen Anlagen der Projekt- und Leistungsbeschreibung zum Zeitpunkt der EU-Bekanntmachung ab. Zum aktuellen Zeitpunkt werden daher nicht alle Anlagen zur Projekt und Leistungsbeschreibung zur Verfügung gestellt. Die aktuell veröffentlichten Unterlagen enthalten jedoch bereits alle Informationen, welche für die Entscheidung zur Teilnahme am Verfahren wesentlich sind. Die betroffenen Anlagen werden nach der Eignungsprüfung den zum Angebotsverfahren zugelassenen Bewerbern bei Aufforderung zur Angebotsabgabe und nach Einreichung einer entsprechenden Vertraulichkeitsvereinbarung zur Verfügung gestellt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Auftragsunterlagen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Rahmenvereinbarung Planungsleistungen Technische Ausrüstung für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Trassierung Mittelspannungsnetz

Beschreibung: Das Universitätsklinikum Leipzig beabsichtigt, eine Rahmenvereinbarung für Planungsleistungen Technische Ausrüstung für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Trassierung Mittelspannungsnetz mit mehreren Rahmenvertragspartnern abzuschließen. Damit die klinische Maximalversorgung durch das Universitätsklinikum Leipzig weiterhin gewährleistet werden kann, müssen infrastrukturelle Voraussetzungen für die im Rahmen der Baulichen Entwicklungsplanung 2025 zu realisierenden Tiefbaumaßnahmen auf dem Campus der Universitätsmedizin Leipzig geschaffen werden. Hierfür werden Planungsleistungen der technischen Gebäudeausrüstung für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Trassierung Mittelspannungsnetz zur Stromversorgung des Campus UML benötigt. Diese Planungsleistungen sind der Gegenstand der abzuschließenden Rahmenvereinbarung. Dabei muss den besonderen Anforderungen der kritischen Infrastruktur des Universitätsklinikums Leipzig als Krankenhaus der Maximalversorgung im besonderen Maße Rechnung getragen werden. Die Einzelheiten zu der abzuschließenden Rahmenvereinbarungen und den auf dieser Grundlage zu erbringenden Leistungen sind der Projekt- und Leistungsbeschreibung zu entnehmen. Es soll eine stufenweise Beauftragung erfolgen. Wegen den Einzelheiten wird auf die stufenweise Beauftragung nach Maßgabe des beigefügten Rahmenvertrages verwiesen.

Rahmenvertrag und Einzelbeauftragung: Die Auftraggeberin strebt an, mehrere Auftragnehmer für die Erbringung der Planungsleistungen rahmenvertraglich zu binden, um auf diese Unternehmen zur Realisierung der Infrastrukturmaßnahmen zugreifen zu können (Planerpool). Die Auftraggeberin beabsichtigt den Abschluss eines Rahmenvertrags mit bis zu 5 Rahmenvertragspartnern. Mit dem Abschluss des Rahmenvertrages wird noch kein Auftrag über die Erbringung der konkreten Einzelleistung erteilt. Der Rahmenvertrag berechtigt die Auftraggeberin zum Abruf der Leistungen nach Bedarf und Abschluss von Einzelbeauftragungen. Die auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung jeweils umzusetzende Einzelmaßnahme wird nach Abschluss der Rahmenvereinbarung in einer jeweils gesonderten Leistungsbeschreibung beschrieben und im Wettbewerb unter den Rahmenvertragspartnern beauftragt. Es ist zu erwarten, dass Infrastrukturmaßnahmen als voraussichtlich ca. 10 Einzelmaßnahmen durchzuführen sein werden. Es besteht kein Anspruch der Rahmenvertragspartner auf Abruf von Leistungen aus dem Rahmenvertrag. Insbesondere verpflichtet sich die Auftraggeberin auch nicht, eine bestimmte Mindestmenge an Leistungen (Einheiten) zu beauftragen. Die einzelnen Vertragsbedingungen ergeben sich aus dem Rahmenvertrag nebst dessen Anlagen. Die Erbringung der konkreten Einzelleistung wird nach Abschluss des Rahmenvertrages durch eine Einzelbeauftragung übertragen. Für das jeweils konkrete Projekt werden die Einzelvertragspartner in Form eines so genannten „Mini-Wettbewerbs“ zwischen den Rahmenvertragspartnern ermittelt. Die Einzelbeauftragung erfolgt auf der Grundlage des Rahmenvertrages entsprechend seinen Bedingungen. Laufzeit, Bedarfsschätzung und Höchstabrufvolumen: Der Rahmenvertrag wird für eine Laufzeit von 4 Jahren geschlossen, wobei die Auftraggeberin zur einmaligen Verlängerungsoption um 2 weitere Jahre berechtigt ist. Das geschätzte Auftragsvolumen über 6 Jahre (Festlaufzeit von 4 Jahren mit einer einmaligen Verlängerungsoption um 2 weitere Jahre) beträgt 12 Mio. Euro. Der Höchstwert (Abrufvolumen) des Auftrags wird auf 15 Mio. Euro festgelegt. Die Abrufe können daher bis zum maximalen Abrufvolumen (Höchstwert) von bis zu 15 Mio. Euro erfolgen. Die Rahmenvereinbarung verliert ihre Wirkung, sobald der Höchstwert erreicht ist. Interne Kennung: E11979314

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Hinweis zu Ziffer 5.1.3 (geschätzte Dauer): Die Vertragslaufzeit beträgt 4 Jahre mit einer einmaligen Verlängerungsoption der Auftraggeberin um 2 weitere Jahre.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 6 Jahre

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 12 000 000,00 EUR

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 15 000 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, Auswahlwertung zur

Begrenzung der Bewerberzahl: I. Spezifischer Umsatz (Planung im Bereich technische

Ausrüstung) pro Kalenderjahr (max. 15 Punkte): Es wird der spezifische Netto-Umsatz des

Bewerbers im Mittel der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2022 bis 2024) für

Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind gewertet: ≥ 100 bis 500 TEUR

- 5 Punkte; > 500 TEUR bis 1 Mio. EUR - 10 Punkte; > 1 Mio EUR - 15 Punkte. II. Referenzen

Bewerber/ Büro (max. 70 Punkte): Punkte werden für folgende Merkmale verteilt: Anzahl (je 3

Punkte, wobei es erst ab der dritten Referenz je 3 Punkte gibt; öffentlicher Auftraggeber (je

Referenz 2 Punkte); hohe bauleistungslogische Anforderungen (je Referenz 3 Punkte); komplexe

Baufeldfreimachung (je Referenz 3 Punkte); anrechenbare Kosten (KG 200-500) netto, mind.

100.000 Euro für KG 400: $> 0,5$ bis 2 Mio. EUR (je Referenz 2 Punkte), > 2 Mio. EUR (je

Referenz 4 Punkte); Leistungsphase 8 durchgeführt und abgeschlossen (je Referenz 4

Punkte). Es werden die Referenzen des Büros/Unternehmens gewertet. In die Wertung

kommen nur die Referenzen, welche die Mindestanforderungen gemäß Ziffer 5.1.9 technische

und berufliche Leistungsfähigkeit erfüllen. Die Anzahl der vorzulegenden Referenzen ist nicht

begrenzt. Die Bieter werden jedoch gebeten, sich auf die Vorlage von 4 Referenzen zu

beschränken. Legt ein Bewerber mehr als 4 Referenzen vor, werden nur die 4

Referenzprojekte mit der jeweils höchsten Punktzahl gewertet. III. Personalausstattung des

Bewerbers (max. 15 Punkte): Es wird die aktuelle Anzahl der Ingenieure aus dem Bereich der

Technischen Ausrüstung und staatlich geprüften Techniker aus dem Bereich der Technischen

Ausrüstung gewertet (≤ 5 - 5 Punkte; > 5 bis 10 - 10 Punkte; > 10 - 15 Punkte). Insgesamt sind

maximal 100 Punkte erzielbar. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen

und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde

gelegten Eignungskriterien zu hoch, wird die Auswahl durch Los getroffen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorstehendes Kriterium wurde aus technischen

Gründen beispielhaft ausgewählt. Eignung zur Berufsausübung und Nichtvorliegen von

Ausschlussgründen: 1. Nachweis über aktuell gültige Eintragung in ein Berufsregister und

/oder Handelsregister gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen

Parlamentes und des Rates vom 26. Februar 2014; 2. Angaben zu Berufsangehörigen (bei

juristischen Personen): Zugelassen sind alle Bewerber, die berechtigt sind, die

Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen und über die erforderlichen Nachweise verfügen.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zuzulassen, wenn sie für die Durchführung der

Aufgabe einen verantwortlichen Ingenieur benennen. Juristische Personen müssen die

Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der

Dienstleistung verantwortlich sind; 3. Kurze Unternehmensdarstellung (insbesondere

Gesellschaftsstruktur, evtl. Konzernzugehörigkeit bzw. wirtschaftliche Verflechtung,

Geschäftsfelder); 4. Eigenerklärung, dass in der Person des Bewerbers keine

Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen; 5. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vorliegen; 6. Eigenerklärung zum Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 betreffend Sanktionen gegen Russland.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorstehendes Kriterium wurde aus technischen Gründen beispielhaft ausgewählt. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: 1. Eigenerklärungen über den Netto-Gesamtumsatz des Bewerbers/ Eignungsverleihers der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre; 2. Eigenerklärungen über den spezifischen Netto-Umsatz des Bewerbers/ Eignungsverleihers der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind (Planung im mit dem Auftragsgegenstand vergleichbaren Bereich); 3. Nachweis des Versicherungsschutzes: Der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit den (Mindest-)Deckungssummen (2-fach maximiert p.a.) in Höhe von 2,5 Mio. € für Personen- und Sachschäden, 1,5 Mio. € für Vermögensschäden/sonstige Schäden. Der Nachweis des Versicherungsschutzes muss durch die Vorlage einer Versicherungspolice oder vergleichbare Nachweise geführt werden. Außerdem ist eine Eigenerklärung des Bewerbers vorzulegen, dass im Auftragsfall der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen (fort-) bestehen wird. Bei Nichtbestehen der geforderten Versicherung oder Unterschreitung der Versicherungssummen durch die bestehende Versicherung ist mit dem Teilnahmeantrag zusätzlich zur Eigenerklärung des Bewerbers eine Erklärung des Versicherers vorzulegen, mit welchem der Versicherer erklärt, dass im Auftragsfall der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen gewährt wird. Vor Zuschlagserteilung ist eine aktuelle Bestätigung des Versicherers über das Bestehen der Versicherungen mit den geforderten Deckungssummen zwingend vorzulegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorstehendes Kriterium wurde aus technischen Gründen beispielhaft ausgewählt. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 1. Nachweis vergleichbarer Leistungen durch die Eigenerklärung zu Referenzen des Büros/Unternehmens (ab 2018): Der Bewerber muss im Hinblick auf die ausgeschriebenen Leistungen vergleichbare abgeschlossene Referenzprojekte nachweisen (jeweils unter konkreter Benennung des Auftragsgebers (auf Anforderung auch Benennung Ansprechpartner und Erreichbarkeit), des Auftragnehmers, der Referenzleistung, Wertes/anrechenbarer Kosten, Zeitraum der Leistungserbringung und der Beschreibung mit Angabe des Leistungsanteils des Bewerbers). Jedes Referenzprojekt muss folgende Mindestanforderungen erfüllen (kumulativ a bis d): a) als Leistung wurde die Planung für Leitungsanlagen Technische Ausrüstung in den Anlagengruppen 1, 3, 4 und 8 erbracht; b) es wurden mindestens die Leistungsphasen 2 bis 7 nach HOAI bearbeitet und abgeschlossen; c) die Durchführung und Abschluss der Leistungsphasen 5 bis 7 muss im Zeitraum 2018 bis Juni 2025 (Stichtag Ablauf Teilnahmefrist) erfolgt sein, d) anrechenbare Kosten des Projekts (KG 200 bis 500) von mindestens 0,5 Mio. Euro, wobei hiervon mindestens 100.000 Euro auf die KG 400 entfallen müssen. Geforderte Mindestanforderung zu den Referenzen: mindestens 2 Referenzprojekte nach den oben beschriebenen Anforderungen (a) bis d)); 2. Eigenerklärung über die Zahl der

in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 10

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preisliche Kriterien

Beschreibung: 35 Prozent

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität des Konzepts zur Leistungserbringung

Beschreibung: 35 Prozent

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept zur Organisation des Personals

Beschreibung: 30 Prozent

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E11979314>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E11979314>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 14/07/2025 16:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Klarstellung: Mit dem zuvorstehenden Satz "Eine Nachforderung von Unterlagen ist teilweise ausgeschlossen" ist gemeint: Die Auftraggeberin kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen (vgl. § 56 VgV)

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit erneutem Aufruf zum Wettbewerb
Höchstzahl der Teilnehmer: 5

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: Die vorgesehene Gesamtlaufzeit überschreitet die Regellaufzeit gemäß § 21 Abs. 6 VgV, da in Bezug auf die Ausschreibung der Planungsleistungen für Infrastrukturmaßnahmen der UKL im Bereich Mittelspannung ein Sonderfall vorliegt. Da die Ausführung des Gesamtprojektes voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird und jedes Einzelprojekt auf das vorangegangene aufsetzt, kann eine Unterbrechung der zeitlich ablaufenden Projekte durch eine erneute Vergabe an Wirtschaftsteilnehmer, welche nicht bereits Rahmenvertragspartner sind, zu einer nicht hinnehmbaren Unterbrechung des Gesamtprojekts und der aufeinander aufbauenden Kette der Einzelprojekte führen. Aufgrund der engen Verkettung der Einzelmaßnahmen des Projektes untereinander und mit den Maßnahmen anderer Projekte ist eine kurzfristige Abrufbarkeit und eine flexible Anpassbarkeit unabdingbar.

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung zugestellt wird (§ 168 Abs. 2 S. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
Universitätsklinikum Leipzig AöR

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Universitätsklinikum Leipzig AöR
Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00010192
Postanschrift: Liebigstr. 18 Haus B

Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04103
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: christian.pohlenz@medizin.uni-leipzig.de
Telefon: 0341 9 71 42 16
Internetadresse: <http://www.uniklinikum-leipzig.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Registrierungsnummer: +49 3419773800
Postanschrift: Braustraße 2
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04107
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telefon: +49 3419771049

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c2c66f3a-804b-4e5b-9f25-19f56485151d - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/06/2025 14:13:41 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 385882-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 113/2025
Datum der Veröffentlichung: 16/06/2025